



Antrag

—

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Bürgerinnen und Bürger entlasten - Energie- und Wärmewende voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das bestehende Speicherförderprogramm des Landes Sachsen-Anhalt, das Stromspeicher in Verbindung mit Photovoltaik-Dachanlagen fördert, wurde in den Haushaltsjahren 2020/2021 sehr gut angenommen. Damit die Energiewende gelingt, muss zukünftig auch die Umstellung der Wärmeversorgung in Wohngebäuden mit in die Förderung einbezogen werden. Darüber hinaus muss die Förderprogrammatische flexibel ausgestaltet werden, um den Umschwung zu einer technologieoffenen Bürgerenergie- und Wärmewende zu schaffen.

1. Das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt wird gebeten, die bisherige Förderung so unbürokratisch wie möglich fortzuführen. In dieser Hinsicht sollte eine Verzahnung mit Förderprogrammen des Bundes angestrebt werden, um etwa den geförderten Einbau von Ladeinfrastruktur in Privathäusern zur Nutzung eigenerzeugten Stroms für Elektrofahrzeuge möglichst unproblematisch zu gestalten.
2. Das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt wird darüber hinaus gebeten, zu prüfen, wie die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt bei der Energie- und Wärmewende und der notwendigen Umstellung bestehender technischer Anlagen unterstützt werden können. Konkret sollen Möglichkeiten für den Ausbau bzw. die Erweiterung bestehender Beratungsangebote und finanzielle Unterstützung bei der Anpassung von alten Systemen auf neuere Technologien zur Strom- und Wärmegewinnung/-speicherung, u. a. Wärmepumpen, stationäre wasserstoffbasierte Energiesysteme etc., in den Blick genommen werden. Dem Ausschuss für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt soll darüber im III. Quartal 2022 Bericht erstattet werden.

3. Die Landesregierung wird gebeten zu prüfen, wie die umfangreichen Forschungsansätze in den Bereichen Energie- und Wärmewende im Gebäudesektor an den Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen im Land einbezogen und umgesetzt werden können. Bei der Umsetzung ist insbesondere auf die Einbeziehung des heimischen Handwerks und der heimischen Wirtschaft in Sachsen-Anhalt zu achten.

Begründung

Das Land Sachsen-Anhalt steht zur Energiewende. Es erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, um die Energie- und Wärmewende im Sektor Gebäude schnell voranzubringen. Es braucht technologieoffene und wirtschaftliche Lösungen sowohl für Neubauten als auch bei der Sanierung bestehender Gebäude. Die Architektur der Gebäude, die Gebäudehülle, die Gebäudetechnologie, die Nutzung erneuerbarer Energien, Speicherlösungen, Quartiersmanagement und die smarte Bewirtschaftung erfordern auch neue Wege hin zu ganzheitlichen und lokal angepassten Lösungen. Das Ziel ist dabei, einen möglichst hohen Prozentsatz der Energie- und Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Hierfür ist das Land auf die Mitwirkung von Haus- und Wohnungseigentümern angewiesen. Das Förderprogramm zur Förderung von Stromspeichern für Photovoltaik-Dachanlagen zeigte deutlich, dass es eine hohe Resonanz in der Bevölkerung gibt. Diese Resonanz gilt es zu nutzen, um weitere Dachflächen für die Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie zu gewinnen. Gleichzeitig werden die Bürgerinnen und Bürger entlastet, indem sie über den geförderten Speicher die gewonnene Energie direkt selbst nutzen können. Die Bürgerinnen und Bürger müssen selber wählen können, welche Technologie, z. B. Wärmepumpen, Batteriespeicher, wasserstoffbasierte Energiesysteme etc., sie nutzen möchten.

Die Bundesregierung plant, dass ab 2026 keine Ölheizungsanlagen mehr verbaut werden dürfen, auch nicht als Ersatz. In Sachsen-Anhalt sind schätzungsweise 100.000 dezentrale Ölheizungen verbaut, die Schritt für Schritt ausgetauscht werden müssen. In Sachsen-Anhalt sind darüber hinaus ca. 160.000 Heizungsanlagen mit einer Erdgasfeuerung in Betrieb.

Für den Neubau wird der Bund mit einer zweiten Novelle des Gebäudeenergiegesetzes bereits ab 2024 einen Anteil von 65 % an erneuerbaren Energien je Anlage und Jahresverbrauch verlangen. Um die Klimaschutzwirkung dieser Maßnahmen zu verstärken und um die Mieter und Eigentümer vor steigenden Gaspreisen zu schützen, ist die Umstellung der Heizungen im Bestand und die Sanierung zu unterstützen.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitzender FDP